

Friedenszentrum
**Martin
Niemöller
Haus e.V.**
INFO

Oktober 2011 –
Januar 2012



Pacelliallee 61, 14195 Berlin
Tel 030/84109951 Fax 030/84109952

e-mail:
niemoellerhaus2006@yahoo.de post@niemoeller-haus-berlin.de
webseite: www.niemoeller-haus-berlin.de

Bürozeiten:
montags, mittwochs, freitags
zwischen 18 – 20 Uhr
Bankverbindung: 3013300
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 10020500

Das Niemöllerhaus - ein Ort für lokale Friedensarbeit

Von Michael Heimbach

Das Friedenszentrum Martin Niemöller Haus ist Mitglied der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), der bundesweiten Dachorganisation christlicher Friedensorganisationen. Das Niemöllerhaus ist in der AGDF dem Fachbereich 1 zugeordnet, dem Organisationen angehören, die ihren Schwerpunkt in der lokalen Friedensarbeit sehen. Dies schließt nicht aus, dass es weitere Arbeitsbereiche gibt, gibt aber einen Hinweis auf die Grundidee des Friedenszentrum, das sich als Kind der Friedensbewegung der 80er Jahre versteht. Besonders in den ersten Jahren gehörten Gruppen und Initiativen aus dem Niemöllerhaus zu den Unterstützern der zahllosen Aktionen, Friedensmärschen, Fastenaktionen, Diskussionsveranstaltungen zu friedenspolitischen Themen.

In der Pacelliallee 61 machten über die Jahre unzählige Menschen aus aller Welt Station, berichteten über ihre Erfahrungen und tauschten sich mit uns aus, nutzten die Infrastruktur des Hauses. Die lokale Friedensarbeit war zu jeder Zeit auch internationale Friedensarbeit. Sie beschränkte sich zu keiner Zeit auf lokale Themen oder reduzierte den Friedensbegriff auf die Vermeidung von Krieg. Wenn heute über die Gefahr von potentiellen Kriegen geredet wird, wenn es um den Zugang zu der Ressource Wasser geht, oder wenn es in Berlin ein erfolgreiches Volksbegehren zum Thema Wasser gab, so sei daran erinnert, dass es maßgeblich von den Frauen für den Frieden getragen die Kampagne „Wasser ist Leben“ gab. Das Büro befand sich im Niemöllerhaus.

Wenn in den letzten Jahren der Arbeitsbereich „lokale Friedensarbeit“ weniger sichtbar war, dann ist dies nicht nur dem Umstand geschuldet, dass „öffentliche Veranstaltungen“ im vereinten Berlin häufiger in der Innenstadt durchgeführt werden, dass der Aufwand für Öffentlichkeitsarbeit ungleich höher ist, dass es uns schwer fällt, bei den neuen Formen öffentlicher Darstellung und Mobilisierung mitzuhalten. Und doch ist das Niemöllerhaus nach wie vor ein Treffpunkt für sehr kleine Initiativen, die bei uns entstehen und ihre erste Heimat finden.

Arbeitsbereich lokale Friedensarbeit

Engagement gegen Rechtsextremismus verstärken

Abschlussklärung der ersten Fachkonferenz „Das Ganze verändern – nicht nur die Nische“ der BAG Kirche und Rechtsextremismus

Quelle: <https://www.asf-ev.de/de/aktuelles/news-details/article/engagement-gegen-rechtsextremismus-verstaerken.html>

Zum Abschluss der ersten Fachkonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus unter dem Motto „Das Ganze verändern - nicht nur die Nische“ am 11./12. November 2011 in Lutherstadt Wittenberg erklären die über 90 Teilnehmer_innen aus Kirche und Zivilgesellschaft: Angesichts des tödlichen rassistischen Terrors militanter Neonazigruppierungen wie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) um die drei Thüringer Neonazis Uwe M., Uwe B. und Beate Z. und alltäglicher rechter Gewalt, fordern wir das innerkirchliche und gesellschaftliche Engagement gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit zu verstärken. Das bedeutet auch, sich mit dem erschreckend großen Potenzial an Zustimmung zu rechtspopulistischen und rassistischen Positionen in den eigenen Kirchengemeinden und in der Gesellschaft intensiver auseinander zu setzen.

Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren/Abschaffung der Extremismusklausel

Die Verharmlosung politisch rechts motivierter Gewalt und Organisation sowie die Kriminalisierung und Diskreditierung derjenigen, die sich gegen extrem rechte Aktivitäten und Aufmärsche engagieren, muss spätestens jetzt beendet werden. Wir fordern die Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren gegen diejenigen, die wie der Jenaer Jugendpfarrer Lothar König gegen den Neonaziaufmarsch in Dresden 2011 protestiert haben. Viele von uns werden sich an Blockaden gegen Neonaziaufmärsche wie beispielsweise im Februar 2012 in Dresden beteiligen. Der „Beschluss zum Engagement gegen Rechtsextremismus“ der 4. Tagung der 11. Synode der EKD vom 9. November 2011 in Magdeburg bestärkt uns dabei ausdrücklich in unseren Anstrengungen.

Die so genannte „Extremismusklausel“ in den Zuwendungsbescheiden für zivilgesellschaftliche

Projekte behindert und entmutigt zivilgesellschaftliches Engagement und muss abgeschafft werden. Staatliches Handeln, das rechtsextreme Aktivitäten duldet oder begünstigt, muss aufgedeckt und verurteilt werden.

Kirchliches Handeln

Wir fordern unsere kirchlichen Verantwortungsträger_innen auf, sich hinter kirchliche Akteure_innen zu stellen, die sich aktiv für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus engagieren. Zur zusätzlichen Sensibilisierung und umfanglichen Beschäftigung mit dem Thema halten wir es für besonders notwendig, die Ideologien der Ungleichwertigkeit in kirchlichen Ausbildungsstätten, der Erwachsenenbildungs- sowie der Kinder- und Jugendarbeit aufzugreifen, dazu thematische Veranstaltungen in den Kirchengemeinden durchzuführen und Demokratiebildung zu stärken.

Unterstützung und Bleiberecht für „geduldete“ Roma

In vielen europäischen Ländern werden heute Roma und Sinti Opfer von Pogromen und staatlichen Repressionen. Im nationalsozialistisch besetzten Europa wurden 500.000 Sinti und Roma ermordet. Daraus ergibt sich eine historische Verantwortung. Deshalb fordern wir unsere Kirchengemeinden auf, allen betroffenen Roma Hilfe und Unterstützung anzubieten, die vor Diskriminierung, Verfolgung und rassistischer Gewalt aus ihren Herkunftsländern flüchten müssen und nach Deutschland kommen. Wir bitten die Kirchenleitungen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kirchengemeinden zu initiieren und zu unterstützen. Darüber hinaus fordern wir ein Bleiberecht für alle „geduldeten“ Roma. Die Teilnehmer_innen der Tagung „Das Ganze verändern – nicht nur die Nische“

10 Interventionen gegen Rechts

Mobile Beratungsteams und Opferberatungsprojekte beraten und begleiten Opfer rechter Gewalt, Kommunen und Zivilgesellschaft. „Auch wenn wir seit Jahren vor der Gewalt von Neonazis und rassistischen Gelegenheitstätern warnen, sind wir geschockt von dem Ausmaß an Ignoranz und Verharmlosung staatlicher Stellen angesichts der rassistischen Mordserie. Wir verlangen jetzt eine Zäsur im Umgang mit der extremen Rechten.

1. Eingreifen und einmischen statt wegsehen

Jeden Tag ereignen sich in Deutschland mindestens zwei bis drei rechte und rassistische Gewalttaten. Die Täter_innen sprechen vor allem denjenigen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben ab, die als Minderheiten ohnehin schon gesellschaftlich diskriminiert werden. Das zu ändern und eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, können wir nicht an den Staat delegieren: Jede und jeder kann bei rassistischen Sprüchen am Arbeitsplatz, antisemitischer Hetze auf dem Sportplatz oder „Schwulenhetzen“ Kontragen und eingreifen, wenn andere bedroht und geschlagen werden. Und jede und jeder kann jetzt praktische Solidarität zeigen: z.B. Spenden für Einrichtungen sammeln, die Zielscheibe von neonazistischen Brandanschlägen geworden sind oder den Menschen in diesen Einrichtungen persönlich in Gesprächen oder praktisch beistehen.

2. Mehr Demokratie statt mehr Verfassungsschutz

Polizei, Justiz und Geheimdienste spiegeln gesellschaftliche Verhältnisse wider. In einem Land, in dem regelmäßig ein Drittel erklären, Deutschland sei „im gefährlichen Maße überfremdet“, ist es keine Ausnahme, dass Sonderkommissionen „Aladin“ oder „Bosporus“ genannt und Opfer rassistischer Gewalt unter Generalverdacht gestellt werden. Schon die Bezeichnung „Döner-Morde“ ist rassistisch und entwürdigend. Nationale Terrorabwehrzentren und neue Gesamtdaten von Polizei und Geheimdiensten werden daran nichts ändern. Ein erster Schritt wäre eine klare Abkehr von den Feindbildern der „Linksextremisten“, „Muslime“ und „Fremden“. Der Rassismus der Mitte muss als Problem erkannt werden.

3. Zivilgesellschaftliche Expertisen anerkennen und nutzen

Der derzeitige Schock der politisch Verantwortlichen über den Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ lässt sich nur damit erklären, dass sie die öffentlich zugänglichen Informationen und Analysen der zivilgesellschaftlichen Aktiven gegen Rechts und Rassismus – Antifagruppen, Bündnisse und Beratungsprojekte – offenbar komplett ignoriert und stattdessen nur auf die Geheimdienste gehört haben. Wer auf die falschen Berater_innen in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten setzt, kann nur verlieren – und spielt mit dem Feuer. Künftig muss der Erfahrungsschatz der zivilgesellschaftlichen Expert_innen angemessenes Gehör finden.

4. Staatliche Alimentierung der Neonazis beenden, V-Leute abschaffen

V-Leute sind vom Staat bezahlte Neonazis, die Steuergelder dazu verwenden, um Neonazistrukturen auszubauen und zu stabilisieren sowie staatliche Stellen allenfalls mit fragwürdigen Informationen zu versorgen. In der Geschichte der deutschen Neonazibewegung waren immer wieder V-Männer und -Frauen in tödliche Attentate (Wehrsportgruppe Hoffmann) und Brandanschläge (Solingen) involviert, haben die Produktion und den Vertrieb neonazistischer Hassmusik organisiert (Brandenburg und Sachsen), NPD-Landesverbände am Laufen gehalten (Nordrhein-Westfalen), mit Steuergeldern militante Neonazistrukturen wie den Thüringer Heimatschutz und Blood & Honour aufgebaut und ein NPD-Verbot im Jahr 2003 verhindert.

5. Lückenlose Aufklärung und Konsequenzen auf allen Ebenen

Alle Daten und Informationen, die notwendig gewesen wären, um mit polizeilichen und rechtsstaatlichen Mitteln schon 1998 – vor Beginn der rassistischen Mordserie – gegen den Kern des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) vorzugehen, lagen den Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten gleichermaßen vor. Doch diese Informationen wurden mit einer Mischung aus Verharmlosung, Entpolitisierung und Inkompetenz von Polizei, Justiz und Geheimdiensten ignoriert, wie sie bei rechter Gewalt immer wieder zu beobachten war und ist. Wer jetzt Aufklärung verspricht, muss überall dort, wo Versagen offenkundig geworden ist, auch personelle Konsequenzen ziehen, egal ob in Innenministerien, Geheimdiensten oder Strafverfolgungsbehörden. Die Angehörigen der Ermordeten, die Verletzten der Nagelbombenanschläge und die Communities, die durch die Attentate der NSU unmittelbar betroffen sind, aber auch die Gesellschaft als Ganzes haben ein Recht darauf, dass eine lücken- und schonungslose Aufklärung in aller Öffentlichkeit stattfindet.

6. Nebelkerze NPD-Verbot ad acta legen

Die zum x-ten Mal geführte Debatte über ein NPD-Verbot verstellt den Blick auf das schockierende Ausmaß staatlicher Verharmlosung der extremen Rechten und gesamtgesellschaftlichen Rassismus. Effektiver als jede reflexartige Debatte wäre ein geschlossenes Vorgehen aller demokratischen Parteien dort, wo sie mit der NPD konfrontiert sind. Die NPD und die extreme Rechte sind überall dort stark, wo demokratische Parteien und die Zivilgesellschaft ihnen nicht ge- und entschlossen entgegen treten. Dass, wie in Sachsen, sich die CDU-geführte Regierung nach diskreditierenden parlamentarischen Anfragen der NPD nicht zur wertschätzenden Unterstützung von Beratungsprojekten gegen Rechts durchringen kann, ist kein Einzelfall.

7. Engagement gegen Rechts braucht Anerkennung und Unterstützung statt Diffamierung und Kriminalisierung

Bei den Protesten gegen den Neonaziaufmarsch in Dresden im Februar 2011 wurden Hunderttausende Telefonate abgehört, bei Ermittlungen gegen Neonazigegner_innen wegen Aufrufen zu Blockaden wird nicht einmal mehr vor Kirchgemeinden Halt gemacht. Anstatt Antifagruppen, Gewerkschafter_innen, Bündnisse gegen Rechts, Kommunalpolitiker_innen und andere zu diffamieren und zu kriminalisieren, müssen sie Anerkennung, Unterstützung und Ermutigung durch politisch Verantwortliche aller Parteien erfahren. Wer Misstrauen gegen engagierte Bürger_innen sät, wird mehr rechte und rassistische Gewalt ernten. Und wer militante Kameradschaften schwächen will, muss alternative, nicht-rechte Jugendkulturen fördern.

8. „Extremismusklausel“ abschaffen

Die Bundesregierung zwingt die Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zur Unterschrift unter eine so genannte „Demokratieerklärung“, mit der sich die Projekte verpflichten sollen, ihre Partner_innen auf Verfassungstreue zu prüfen und sie zu bespitzeln. Als Grundlage für die Einschätzung der Verfassungstreue von Kooperationspartner_innen sollen ausgerechnet die Berichte des Verfassungsschutzes dienen. Die rassistischen Diskurse aus der Mitte der Gesellschaft bleiben dabei außen vor. Die zivilgesellschaftliche Arbeit wird seit Jahren beeinträchtigt durch die historisch falsche, wissenschaftlich unsinnige und politisch gefährliche Extremismustheorie“, die Rechtsextremismus und Linksextremismus und damit auch Faschismus und Antifaschismus gleichsetzt.

9. Langfristige Planungssicherheit für Projekte gegen Rechtsextremismus und Ausweitung der bewährten Beratungsprojekte in den alten Bundesländern

Die Arbeit gegen die extreme Rechte braucht einen langen Atem, ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe und kein Strohfeuer und muss entsprechend dauerhaft gefördert werden. Außerdem sind rechte Gewalt und extrem rechte Aktivitäten keine Ostprobleme. Die Mehrheit der NSU-Morde ereignete sich in den alten Bundesländern

– in Regionen, in denen seit langem militante Neonazistrukturen aktiv sind.

Die Beratungsprojekte in den neuen Bundesländern und Berlin arbeiten seit nunmehr über 10 Jahren erfolgreich und unabhängig, dennoch wurden ihnen wiederholt die Mittel gekürzt. Die Mobilen Beratungsteams sind Ansprechpartner_innen für Kommunalpolitiker_innen und Zivilgesellschaft; die Beratungsprojekte für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen und begleiten Betroffene, Zeug_innen und Angehörige bei der Bewältigung der Tatfolgen. Diese Projekte sind derzeit mit zum Teil massiven Mittelkürzungen konfrontiert. In den alten Bundesländern sind sie komplett unterfinanziert oder existieren aus Mangeln an Fördergeldern erst gar nicht. Wenn Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) jetzt erklärt, in ihrem Haushalt seien die Millionen aus dem Programm gegen „Linksextremismus“ noch nicht abgerufen worden, dann müssen diese Gelder umgehend zum Aus- und Aufbau der bewährten Strukturprojekte gegen Rechts zur Verfügung gestellt werden. Das wäre ein erster Schritt, dem weitere – wie ein Ende der Kürzungen bei den Antidiskriminierungsbüros - folgen müssen.

10. Rassismus endlich beim Namen nennen

Es ist unbegreiflich, dass im Zusammenhang mit den NSU-Morden von „Fremdenfeindlichkeit“ die Rede ist. Die Ermordeten waren mitnichten „Fremde“, „Türken“ oder „Griechen“, sondern repräsentieren die Mitte unserer Gesellschaft. Es

ist Zeit, endlich von Rassismus und dem Wahn der „White Supremacy“ zu sprechen, denn dies war das Motiv der Neonazis. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte haben und gleich geschützt werden – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Status und allen anderen „Merkmalen“.

Erstunterzeichner:

- ezra - Mobile Beratung für Opferechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen
- Kulturbüro Sachsen e.V.
- LOBBI - Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern
- Miteinander e.V. - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt
- Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim)
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln
- Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt
- Opferperspektive Brandenburg e.V.
- Opferberatung der RAA Sachsen
- Reach Out - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Berlin
- Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V.

22. Februar um 20 Uhr

„Zeitzeugengespräch: Gast KÄTHE SASSO“

Wir haben als Gast KÄTHE SASSO aus Wien, die über ihr Leben im antifaschistischen Widerstand in Österreich und ihr Leben im KZ Ravensbrück berichtet. Die Veranstaltung wird von der SPD-Dahlem organisiert.

Einen Stein in's Rollen bringen

The Rolling Stone

Liebe Fokusler,

Euch möchte ich heute zu einer Übung einladen. Wenn es Euch möglich ist, folgt bitte mal meinem Gedankengang, auch wenn er Euch vielleicht nicht so vertraut ist. Meine Sicht auf die momentane Lage der industrialisierten Welt und somit auf Deutschland und Thüringen ist schlicht:

Die Verfügbarkeit des Erdöls

Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass die weltweite Fördermenge an Erdöl in den unmittelbar kommenden Jahren nicht weiter gesteigert werden kann sondern – zunächst nur ein wenig, bald aber drastisch – abnimmt. Man nennt dieses momentane weltweite Ölfördermaximum auch Peak Oil.

Gleichzeitig steigt die Nachfrage weltweit ungemindert an.

Das lässt einschneidende Preissteigerungen bei Produkten und Dienstleistungen erwarten, die mittelbar oder unmittelbar am Öl hängen: Mobilität, Heizung, globalisierte Warenströme, industrielle Landwirtschaft und Produktion, und anderes mehr.

Eine brillante Studie der Bundeswehr von 2010 bringt es auf den Punkt: „95 Prozent aller industriell gefertigten Produkte hängen heute von der Verfügbarkeit von Erdöl ab“.

Der frühere US-Präsident George W. Bush verglich unsere Beziehung zum Öl bereits 2006 mit einer Alkohol- oder Drogensucht.

Was aber sollen wir tun, wenn uns der Stoff knapp wird?

Alternative Energiequellen und Energiekonzepte, Steigerung der Energieeffizienz?

Schritte in diese Richtung halte ich für sinnvoll und ehrenwert. Allerdings deutet vieles darauf hin, dass wir dabei an quantitative Grenzen stoßen. Auch andere Energieträger oder Rohstoffe, die für Alternativen benötigt werden, haben ihr Fördermaximum absehbar vor sich. Ansätze, die behaupten, eine Energiewende weg von Öl, Gas, Kohle und Atom sei rein technologisch ohne Einschränkungen machbar halte ich für wenig überzeugend.

Abwarten, wird schon nicht so dramatisch werden?

Darüber kann man nachdenken. Mag sein, dass ich mich mit meiner Einschätzung täusche.

Unsere Ölquellen weltweit mit militärischen Mitteln sicherstellen?

Das halte ich – ganz abgesehen von der moralischen Komponente – für wenig aussichtsreich und wenn, dann nur für kurzfristig lindernd.

Resilienz stärken

Kurz: Ich gehe davon aus, dass wir uns stark einschränken müssen. Wenn wir von den Ereignissen nicht überrollt werden wollen, sollten wir uns in Ruhe aber entschlossen auf Verknappungsszenarien vorbereiten. Zu Panik besteht jedoch kein Grund.

Mein Lieblingsfremdwort Resilienz bedeutet an dieser Stelle soviel wie: Widerstandsfähigkeit eines Systems, Elastizität gegenüber Beeinträchtigungen, Robustheit, Toleranz gegenüber Störungen. Die Fähigkeit eines Menschen, eines Systems auf veränderte Rahmenbedingungen und Beeinträchtigungen selbsterhaltend zu reagieren.

Zunächst möchte man meinen, hier seien die Medien und die Politik gefragt, um auf diese Herausforderung hinzuweisen und uns und die Gesellschaft angemessen auf mögliche Verknappungen vorzubereiten.

Ohne Politiker aus ihrem Teil der Verantwortung zu entlassen, halte ich es jedoch für eine seltene Ausnahme, wenn jemand, der gern wiedergewählt werden möchte, sein Volk mit Begriffen wie einschneidende Veränderungen, sinkender Lebensstandard und ähnlichem verschreckt. Von dort erwarte ich wenig Unterstützung.

Die Medien, wie Presse, Rundfunk, Fernsehen und auch das Internet mit Rundmails, Twitter, Foren u. ä. haben den großen Vorteil der Schnelligkeit, einer enormen Reichweite und Verbreitung. Auf den zweiten Blick sehe ich als Nachteil dieser Kommunikationsform häufig Oberflächlichkeit und Flüchtigkeit. Kaum ist eine Nachricht oder eine Information angekommen beginnt sie auch schon zu verdunsten und wird durch die nächste frischere Nachricht überlagert, die auch sofort zu verblassen beginnt. Mir scheint der Preis der Effizienzsteigerung in unserer Kommunikation häufig in einem Verlust an Tiefe zu bestehen. Ich sehe neben den Chancen der klassischen und der IT Medien auch deutlich ihre Grenzen.

Ein fragender und hörender Fußweg

Mich drängt es, die Fragen, die ich mit der Ressourcenverknappung auf uns zukommen sehe, zu Fuß ins Land zu tragen. Lange Fußmärsche, möglichst in Gruppen, die alle Thüringer Landkreise und möglichst viele Orte besuchen. Das kann am Stück sein oder in mehreren zeitlich versetzten Etappen. Ich sehe meine Aufgabe dabei weniger darin, als Wanderprediger zu verkünden was wichtig und richtig ist sondern eher darin, Fragen zu stellen und andere zu ermutigen gemeinsam konstruktive praktische Antworten zu suchen.

Solche Fragen könnten sein:

- Was machen wir, wenn das Benzin zwanzig Euro und das Heizöl zehn Euro pro Liter kostet?
- Was können wir tun, um unser Leben, unsere Kommune unsere Region weniger anfällig und weniger abhängig vom weltweiten Rohstoff- und Güterverkehr also resilienter zu machen?
- Wie können wir die Sicherung der nötigsten Grundfunktionen unserer Gemeinwesen auf niedrigem aber ausreichendem Niveau vorbereiten (Plan B)?

Es geht mir also um einen fragenden und hörenden Fußweg. Ich möchte Menschen begegnen. Auch – aber nicht nur – solchen, die besondere Verantwortung tragen. Oder aber solchen, die unabhängig von Funktion und Rang in ihrem Umkreis für weise oder vorausschauend gehalten werden. Ich möchte Beispiele für Resilienz sammeln und in anderen Orten davon berichten. Es geht auch um horizontale Kommunikation um das Weitertragen ermutigender Ansätze.

Als Mittel der Kommunikation möchte ich eine Steinplatte von etwa 50 mal 70 cm auf einem Fahrgestell durchs Land schieben. Auf diese Platte soll das Kernanliegen oder die Kernfrage oder ein geeignetes Symbol eingraviert oder gemeißelt sein. Allen die das wollen wird von dieser Platte unterwegs ein einfacher Abzug auf einen guten Papierbogen hergestellt. So wie man früher eine Münze unter ein Blatt Papier gelegt und durchschraffiert hat.

Fragt mich nicht nach einem Beweis aber ich glaube, dass dieser erschwerte und verlangsamte Weg der Kommunikation mit laufen, schwitzen, schieben, persönlich zuhören, und dem umständlichen Herstellen eines Papierabzugs die Chance beinhaltet, ein Thema und ein Anliegen zu vertiefen, ihm Gewicht zu geben.

Meine Frage an Euch:

Welche kurze Aussage oder Frage würdet Ihr auf diesen Stein meißeln oder welches Symbol würdet Ihr verwenden, um dieses Anliegen auf den Punkt zu bringen?

Jeder kann das mal für sich aufschreiben. Vielleicht könnt Ihr Euch als Gruppe auch auf eine gemeinsame Inschrift einigen.

hörender Fußmarsch 2012 c/o Nikolaus Huhn, Dorfstr. 18, 07646 Schlöben
n.huhn@energie-gewinnt.de Tel. p. 036428 41091, d. 03641 53688

Hörender Fußmarsch 2012

Vorankündigung

Stabiles Thüringen

Hörender Fußmarsch durch alle Kreise und Städte Thüringens Von April bis Juni 2012

Schlöben, den 18, November 2011

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Thüringer,

ein Stehaufmännchen hat 80 Prozent seiner Masse in den unteren 20 Prozent seines Volumens. Dadurch kann es souverän mit Störungen und Beeinträchtigungen umgehen und kommt immer wieder ins Lot. **Das ist Resilienz. Man kann Resilienz auch mit „Unumstoßbarkeit“ übersetzen. Eine dynamische Stabilität aus der eigenen Mitte heraus, aus eigenen Mitteln heraus.**

Im Gegensatz dazu scheint mir unsere Gesellschaft derzeit zwar sehr produktiv und effizient – doch wenig resilient zu sein. Unser hoher Lebensstandard wird gestützt von mehreren sehr langen, aber dünnen Stelzen:

- Von der Verfügbarkeit billigen Öls, Erdgases und anderer Rohstoffe
- Von der Stabilität der taumelnden Finanzmärkte
- Von der chronischen Neuverschuldung unserer Staaten
- Vom Import aus Billiglohnländern und vom Export unserer Produkte

Dieses Wirtschaftsmodell sorgt zur Zeit erfolgreich für unser aller Wohlstand. Die Labilität und Zerbrechlichkeit dieses Modells zeigt sich jedoch, wenn eine oder mehrere dieser Stelzen schwächeln oder einknicken. Niemand wünscht eine Krise herbei. Allerdings können Krisen erfahrungsgemäß auch mal kommen, ohne dass sie jemand wünscht. Und für eine Krise, bei der es auch um die Sicherung der elementaren Grundfunktionen unserer Gesellschaft geht, sind wir meines Erachtens nicht sehr gut aufgestellt.

Der Hörende Fußmarsch, der von April bis Juni 2012 durch alle Kreise und Städte Thüringens kommen soll, hat dazu keine fertigen Antworten im Gepäck, sondern eher Fragen:

Was tun wir...

- ... wenn der Sprit 10,- Euro und das Heizöl 5,- Euro pro Liter kosten?
- ... wenn keine Zuschüsse aus Brüssel oder Berlin kommen?
- ... wenn es keine (ausreichende) Rente gibt?
- ... wenn es keine Supermärkte mit Waren aus aller Welt gibt?
- ... wenn Staaten zahlungsunfähig werden?

...

Vieles, an das wir uns als Selbstverständlichkeit gewöhnt haben, kann ja von niemandem wirklich garantiert werden.

Der Fußmarsch durch Thüringen will weder verkündigen noch erschrecken sondern Einschätzungen, Vorschläge und Ansätze zu mehr Resilienz einsammeln und weitersagen. Wenn Sie auch meinen, dass dieses Anliegen den Schweiß der Edlen wert ist, können Sie den Hörenden Fußmarsch unterstützen:

- Sie können etappenweise mitlaufen (und ggf. dafür schon Urlaub einplanen).
- Sie können uns in Ihren Ort einladen und die Marschierenden bewirten oder beherbergen.
- Sie können Ideen beisteuern oder sich schriftlich zum Thema äußern.
- Sie können uns Empfehlungen geben, wen wir in Ihrem Umkreis zu diesem Thema befragen und hören sollten. Wen halten Sie für weise? Wer hat dazu Weiterführendes zu sagen?

- Sie können einen Gesprächsabend organisieren, wenn der Marsch zu Ihnen kommt.
- Sie können sich an den Kosten des Marsches beteiligen.
- Sie können sich im Vorfeld auf unseren Adressverteiler setzen lassen, um über die Vorbereitungen auf dem Laufenden zu bleiben.

Noch einmal: Als Beiratsmitglied des Thüringer Wirtschaftsministeriums geht es mir nicht darum, den nahen Weltuntergang auszurufen, sondern im Sinne elementarer Daseinsvorsorge mit Ihnen gemeinsam einen Plan B für unser Land zu schmieden. Wenn Regen angesagt ist, wer würde da keinen Schirm einpacken? Um so besser, wenn's dann nicht regnet. Ich freue mich auf die Begegnung mit Ihnen.

Mit zuversichtlichen Grüßen



Nikolaus Huhn

Veranstaltungshinweis:

Das verdrängte Erbe der Bekennenden Kirche

Tagung vom 23.-25. März 2012 im Haus Hainstein in Eisenach

Die Positionen der Bekennenden Kirche in der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur sind in Kirche und universitärer Theologie kaum noch präsent. Für manche stellt sich der „Kirchenkampf“ als innerkirchliche Auseinandersetzung dar, nicht aber als Infragestellung der Machtstrukturen des NS-Regimes. Das vorrangige Eintreten des Darmstädter Wortes von 1947 für die Armen und Entrechteten scheint zugunsten eines Blicks auf die Eliten in den Hintergrund zu rücken.

Weitere Infos zu Programm und Kosten: <http://www.martin-niemoeller-stiftung.de/a169>

Arbeitsbereich internationale Friedensarbeit

Perspektiven im Nahen Osten



Wie lange wollt Ihr noch das Recht verdrehen und für die Schuldigen Partei ergreifen?

Verteidigt die Armen und die Waisenkinder, sorgt für das Recht der Wehrlosen und Unterdrückten, Befreit die Entrechteten und Schwachen, reißt sie aus den Klauen der Unterdrücker, aber Ihr seht nichts, und Ihr versteht nichts! Hilflos tappt Ihr in der Dunkelheit umher, und die Fundamente der Erde geraten ins Wanken.

Ich hatte zwar gesagt: Meine Söhne, Kinder der Götter seid Ihr, Söhne des Höchsten! Doch ihr werdet wie die Menschen sterben, wie unfähige Minister aus dem Amt gejagt.

Greif ein, Gott, regiere die Welt.

Psalm 82

Reuven Moskovitz – Hotel Leonardo Inn, Nr.721, Postfach 3686 , 96100 Jerusalem,
Tel. 00972 2 653 51 03, vardamos@hotmail.com

Liebe Freundinnen und Freunde,

Diejenigen, die mein altes Logo kennen, werden sich über mein neues Logo wundern. Dieser Psalm ist sehr zutreffend für die gegenwärtige Situation in der Welt und in Israel. Leider sind die Machthaber unfähig einzusehen, dass sie nicht nur leichtfertig Millionen Menschen zum Sterben verurteilen, sondern dass sie selbst auch aus dem Amt gejagt werden können. Der einzige Satz dieses Psalms, der meiner Meinung nach nicht zutreffend ist, ist der Schluss. Gott greift nicht ein und versucht nicht, die Welt zu regieren. In meinem Buch schreibe ich: „Wenn es Gott gibt, ist er nicht der Gott der jüdischen, christlichen oder moslemischen Fundamentalisten, sondern der Gott, der im Psalm 115, 15-16, beschrieben wird: „Ihr seid die Gesegneten des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Der Himmel ist der Himmel des Herrn, aber die Erde hat er den Menschenkindern gegeben“. Abgesehen von Naturkatastrophen, entscheiden wir Menschen oder diejenigen, die sich anmaßen, die Menschen zu führen, was auf dieser Erde geschieht. In meiner Vorstellung zeigt sich die Größe Gottes in seiner Bescheidenheit und Verborgenheit.

In einer quälenden Hoffnungslosigkeit, jedoch ohne den Glauben zu verlieren, der

mich weiterrückt gegen die großen Gefahren, die uns und die Gegend gefährden, aufzuschreien, schreibe ich diese Zeilen drei Jahre nach der unsäglichen Aktion „gegossenes Blei“. Diese Aktion war nichts anders als Glied einer Kette verbrecherischer Aktionen, die ziemlich lange vor der Errichtung des Staates Israel angefangen haben. In ihrem Buch „Nation und Tod“ stellt Idith Zertal mit einer genialen Analyse die manipulierte Entwicklung und Verstärkung des ‚Opfer-Mythos‘ des Zionismus dar. Mit dieser Manipulation, die nach dem zweiten Weltkrieg anfang, wurden die Shoah und Auschwitz von einer schrecklichen Katastrophe zu einem Kult im Dienst einer Politik, die mehr und mehr neue Katastrophen verursacht, mutiert. Meiner Meinung nach sind Mythen kanonisierte Lügen, die sich im Bewusstsein von Menschen festsetzen und sie dann als historische Wirklichkeit betrachten. Solche Mythen begleiteten den Staat Israel vor und insbesondere nach seiner Gründung. Ein in Israel und Deutschland fast vergessener Historiker Israels, Simha Flapan, schreibt in seinem Buch „Die Errichtung Israels“ über acht Mythen, die eigentlich hauptsächlich als typisch diplomatischen und politischen Lug und Trug gelten. Auch Hannah Arendt, eine überzeugte Zionistin doch auch kritische Philosophin, verfolgte trotz ihrer Begeisterung für das entstehende Israel mit großer Sorge

die Gefahren für die Zukunft Israels - Ergebnis dieser Mythen. Als ich mich entschieden habe, nach Deutschland zu kommen, habe ich sehr vorsichtig versucht – auch beschrieben in meinen zahlreichen Briefen - diese Mythen zu entlarven. Die tragische Fortsetzung von Kriegen, Zerstörungen und wachsendem Hass hat nicht nur mit Antisemitismus oder mit dem Versuch, Israel zu zerstören, zu tun. Es ist eine Tragödie von zwei Völkern, die fälschlicherweise überzeugt sind, alleine und einzig im Recht zu sein. Die Weichen, die den Nahen Osten in einen Wirbel von Gewalt, Blutvergießen und Zerstörung führten, sind schon von Ben Gurion vor mehr als 60 Jahren (in einer Rede im August 1947) gestellt worden: "Die Weisheit Israels ist die Weisheit, wie Krieg zu führen ist und nichts anderes".

Ein paar Jahre danach schreibt der zweite Ministerpräsident: "Ich habe gelernt, dass der israelische Staat in unserer Generation ohne Betrug und abenteuerlichen Geist nicht regiert werden kann. Dies sind historische Fakten, die nicht zu verändern sind. Es mag sein, dass die Geschichte die Betrugsstrategien bestätigen wird, genauso wie die abenteuerlichen Aktionen (er meint damit, die blutigen Vergeltungsaktionen). Was ich, Moshe Sharet, weiß, ist, dass ich nicht fähig bin, so zu handeln, deshalb bin ich auch nicht fähig, diesen Staat zu regieren." (Moshe Sharets Tagebücher)

Diese Tatsachen werden in diesen Tagen durch hauptsächlich drei Themen bestätigt: Außer Moshe Sharet und Rabbin haben alle israelischen Regierenden die Entstehung eines palästinensischen Staates nicht ernst genommen. Es wurde immer von Frieden geredet, ohne einen einzigen Schritt gemacht zu haben, diesen zu erreichen. Die Politik Ben Gurions hat nie die Teilung Palästinas zum Ziel gehabt, und durch Dutzende von Kriegen nur versucht, die Grenzen Israels auszuweiten, alles unter dem Feigenblatt von Sicherheitsbedürfnissen. Dieselbe Politik hat zu der ethnischen Säuberung geführt und die meisten Palästinenser zu einem heimatlosen Volk von Flüchtlingen, Entrechteten und Dämonisierten gemacht. Dämonisierung deshalb, weil Ben Gurion alle Palästinenser als hoffende Vollstrecker von Hitlers' Plan, Juden auszurotten, darstellte.

Israel ist nicht nur eine Gefahr für sich selbst, sondern eine Gefahr für den regionalen Frieden und vermutlich für den Weltfrieden. Ein Versuch, in Deutschland zu einer Aktion aufzurufen „Keine weitere Lieferung von U-Booten nach Israel, solange Israel nicht die verschiedenen Beschlüsse, die zu einem funktionierenden Frieden im Nahen Osten beitragen, implementiert“, könnte die Gefahr noch abwenden.

Die gegenwärtigen Ereignisse in Israel zeigen, dass die israelische Politik nicht nur zur trostlosen Lage des palästinensischen Volkes geführt hat, sondern auch die israelische Demokratie – so das oberste Gericht - und den friedlichen Zusammenhalt der jüdischen Gesellschaft gefährdet.

Es geht nicht nur um den Angriff auf die Entscheidungen des obersten Gerichtes, sondern ebenso gegenüber der israelischen Armee, die beauftragt ist, ein Verdikt des obersten Gerichtes zu implementieren und manche illegale Siedlungen, gebaut auf palästinensischen Privatgrundstücken, zu räumen. Als Reaktion darauf haben im letzten Monat hunderte Siedler - neben dem Anzünden etlicher Moscheen und dem Zerstören palästinensischer parkender und durchfahrender Autos - militärische Einrichtungen angegriffen. Letzteres ist eine Folge der Politik des Wegsehens und Nicht-Handelns der existierenden Regierung, die eine Koalition von 85 Prozent der Abgeordneten aus faschistisch klerikalen Gruppen stellt.

Außerdem wird die Pressefreiheit durch ein neues Gesetz stark reduziert: Für Journalisten oder Zeitungen, die den Staat oder Staatsbedienstete durch ihre Artikel ‚angeblich‘ verleumdern, werden Strafen drastisch erhöht. Journalisten werden es in Zukunft vermeiden, noch kritische Artikel zu schreiben.

Auch humanistische Gruppen sind Ziel der Ent-Demokratisierung: Die für ihre Arbeit erhaltenen Spenden von Regierungen sind bis jetzt steuerfrei. Ein neues Gesetz soll entscheiden, dass regierungskritische Stiftungen mit 45 Prozent des Spendenbetrags besteuert werden.

Der steigende Einfluss der klerikalen Macht äußert sich in dem Versuch, uns eine strenge Trennung zwischen Männern und Frauen aufzuzwingen. In vielen Bussen hat man an-

geordnet, dass Frauen im hinteren Teil vom Bus auf den unbequemen Plätzen sitzen müssen.

Ein jüdischer Spruch: "Eine gelungene Dummheit bleibt eine Dummheit". Diese Dummheit, auch wenn sie noch so erfolgreich ist, treibt uns und den Nahen Osten in den Abgrund. Auch wenn es in unseren Zeiten pathetisch scheint, Cassandra oder Prophet zu spielen (was ich sicherlich nicht bin),

kann ich vielleicht nur wie Luther sagen: "Hier stehe ich, ich kann nicht anders" - und wenn es uns nicht gelingt, in den allerletzten Minuten vor 12 Uhr möglichst schnell die Weichen anders zu stellen, dann: "Gott behüte uns - Amen!"
Mit dem Wunsch: Euch und der Welt ein besseres und hoffnungsvolleres Jahr, verbleibe ich in tiefer Verbundenheit,
Eurer Reuven

Berlin, Januar 2012

26. Januar, um 19.30 Uhr

„Aktuelle Situation in Israel“

Informations- und Gesprächsabend mit **Reuven Moskovitz**

Reuven würde sich sehr freuen seine Freundinnen und Freunde zum Gedankenaustausch am Donnerstagabend, den 26. Januar 2012 wiederzusehen.

Eintritt frei, Spenden erwünscht

Kontakt: 26.01.2012: Georg Goosmann - Tel.: 033203/81762 - e-mail : ggoosmann@web.de
28.01.2012: Hanja Van Dyck - Tel.: 030/34503244 - e-mail: hanja.vandyck@t-online.de

09. Februar, um 19.30 Uhr

“Der Libanon in der Konfliktsituation des Nahen Ostens“

mit **Clemens Ronnefeld**, Referent für Friedensarbeit im Versöhnungsbund, berichtet über seine jüngste Reise in diese Region, bei der er übrigens auch unseren früheren Pfarrer Jonas Weiss-Lange in Beirut interviewte.

Kontakt: Uli Sonn, Tel.030 84319550)

Arbeitsbereich „Freiwilligendienste“

Freiwilligendienst mit dem Martin Niemöller Haus

Zwischen Oliven und Candeggina

Es ist 12:30 Uhr, Essen zusammen mit den Kindern. Lea versucht gerade den Lautstärkepegel im Klassenzimmer wenigstens so zu regulieren, dass die Fensterscheiben nicht bersten, während Franziska sich mit Luigi auseinandersetzt, der soeben zwei Fischstäbchen aus dem Fenster geworfen hat. Es ist nicht klar, ob sich die Situation noch zum Guten wendet.

13:00, glücklicherweise haben wir (oben bereits genannte Lea und Franziska) die Lage immerhin soweit in den Griff bekommen, als dass alle wohlauf, unverletzt und beim Essen sind. Dieses Szenario beschreibt unseren Arbeitsalltag recht präzise, meint Arbeit/ unseren Freiwilligendienst in der Grundschule des Servizio Cristiano. Aber

was steht genau hinter dem Begriff Servizio Cristiano?



Das Servizio Cristiano Istituto Valdese wurde 1961 vom Waldenserpfarrer Tullio Vinay in Riesi, einer Kleinstadt auf Sizilien, gegründet, um die Bildung und die allgemeinen Lebensumstände der Bevölkerung in den damals noch sehr armen und unterentwickelten ländlichen Gebieten Siziliens zu verbessern. Vinay baute mit einem befreundeten Architekten und weiteren Freiwilligen ein großes soziales Zentrum am Rande der Stadt auf, das eine Schule, einen landwirtschaftlichen Betrieb und eine Kinderarzt-Praxis umfasste. Dadurch war nun möglich, die oft unterernährten Kinder der Stadt (1960 gab es ins Riesi noch eine sehr hohe Kindersterblichkeitsrate) ausreichend mit Essen zu versorgen, sie medizinisch zu betreuen und ihnen obendrein noch Bildung zu vermitteln und damit dem weit verbreiteten Analphabetismus vorzubeugen.

In den 50 Jahren seit seiner Gründung ist das Servizio Cristiano, das zur Waldenserkirche und somit zu einer der wenigen protestantischen Gemeinden im überwiegend katholischen Italien gehört, gewachsen. Heute gehören außer der Grundschule (von der ersten bis zu fünften Klasse) und dem landwirtschaftlichen Betrieb auf biologischer Grundlage, der nun vor allem Olivenöl produziert, ein Kindergarten, eine Küche, eine Werkstatt, zwei Gästehäuser, eine Familienberatungsstelle mit einer Arztpraxis und das Sekretariat zum Servizio Cristiano.

Weg von den Fakten, hin zu unserem realen Arbeitsalltag, den man grob in drei Teile untergliedern kann: Da wäre einmal die allmorgendliche Fahrt mit dem Pullmino (Schulbus) durch ganz Riesi. Alle neunzig Schulkinder werden in drei Touren quasi vor ihrer Haustür abgeholt und zur

Schule gebracht. Dabei ist jemand vonnöten, der sie davon abhält, sich gegenseitig zu würgen, zu treten, Plätze zu besetzen, oder sich fern des eigenen Sitzplatzes auf dem Boden aufzuhalten. Diese Arbeit ist auf der einen Seite zwar sehr anstrengend, gibt uns aber auf der anderen Seite Einblicke in die Wohnsituation der Kinder und die sizilianische Gesellschaft. Ob es die aufgehende Sonne über der Stadt ist, die vielen Straßenhunde, die sich über den Müll hermachen, oder die Männer, die sich bereits morgens an unterschiedlichen Plätzen treffen um dort den ganzen Tag rauchend und espressotrinkend zu verbringen: So erfahren wir Riesi.

Anschließend beginnt unsere Arbeit in der Schule, in der wir viele Botenjobs erledigen müssen, zum Beispiel Kommunikation zwischen Schule und Küche (welches Kind isst was, bzw. was nicht?), aber auch für die Essensausgabe in der großen Pause und die Vorbereitung des Mittagessens zuständig sind. Ab 12:30 Uhr betreuen wir die Kinder beim Mittagessen, was wir in kleinen Szenen bereits beschrieben haben. Darauf folgt die Pause in der wir mit den Kindern spielen.

Um 15:00 Uhr beginnt der dritte Teil unseres Aufgabenbereiches: das Putzen von Kindergarten und Schule. Was uns anfangs noch seltsam erschien, ist inzwischen Routine geworden. Wir putzen wie selbstverständlich mit den vorhandenen Putzmaterialien (kaputte Besen, Wischmopps aus Baumwolle), haben uns fast an das chlorhaltige Bleichmittel Candeggina gewöhnt, mit dem wir die Bäder und die Böden putzen müssen, und uns damit abgefunden, öfters Verfärbungen an unseren Kleidern zu finden.

Nach Beendigung der zweistündigen Putzarbeit kehren wir in unsere WG zurück, die aus insgesamt neun Freiwilligen besteht und sich auf dem Gelände des Servizio befindet. Wir sind sehr glücklich mit den gegebenen Wohnverhältnissen und genießen das Leben in der Gruppe sehr. Der große Vorteil, dass wir alle Deutsche sind und uns deswegen gut kennen und auseinandersetzen können, ist gleichzeitig ein großer Nachteil, da wir uns hauptsächlich auf Deutsch und nicht auf Italienisch unterhalten. Trotzdem haben wir inzwischen durch Arbeit und Leben hier einiges

gelernt und verstehen auch Bruchstücke des sizilianischen „Dialekts“, der eigentlich eine eigene Sprache ist.

Im Großen und Ganzen genießen wir die Zeit trotz 8 Stunden Arbeit am Tag sehr und sind

wirklich glücklich hier, auf der Insel der Vielfältigkeiten, sei es in den Kultureinflüssen, oder im Landschaftsbild.

Franziska Steudel und Lea Eckhoff



Mittelfristige Freiwilligendienste mit Aktion Sühnezeichen

Schischia 2012: Freiwilligendienst in Israel für sechs Monate

Der Name des Freiwilligenprogramms SCHISCHIA, hebräische Bezeichnung für „Sechser-pack“ oder „six-pack“, steht für die 6-monatige Dauer des Programms.

Einsatzprojekte

Insgesamt kann ASF in diesem besonderen Freiwilligenprogramm 5-6 Projektplätze anbieten. Der Schwerpunkt liegt auf Projekten in Jerusalem. Möglicherweise können jedoch auch einzelne Projektplätze in anderen Landesteilen angeboten werden. SCHISCHIA-Freiwillige sind als Helferinnen und Helfer in Einrichtungen zur Betreuung alter Menschen, in der Arbeit mit Behinderten und in Archiven oder Forschungseinrichtungen tätig.

Innerhalb oder auch außerhalb der Projektarbeit vermittelt das Programm allen Freiwilligen Begegnungen mit alten Menschen, deren Familien- und Lebensgeschichten durch NS-Verfolgung und 2. Weltkrieg geprägt sind. Die Auseinandersetzung mit der Gegenwart von Geschichte macht das besondere Profil von ASF-Freiwilligendiensten aus.

Voraussetzungen

Das Programm SCHISCHIA ist offen für Menschen ab 18 Jahren. Besonders gern sehen wir Bewerbungen von älteren Interessierten. Es gibt keine formalen Zugangsvoraussetzungen. Wir möchten besonders Menschen ansprechen, die schon berufliche Erfahrungen oder andere relevante Qualifikationen mitbringen, die ihnen bei ihrer Arbeit im Projekt zugutekommen.

Wünschenswert sind praktische Erfahrungen im Projektbereich, in dem ein Freiwilligendienst stattfinden soll. Bewerberinnen und Bewerber sollten auf Englisch kommunizieren können, Hebräischkenntnisse sind hilfreich, aber keine Voraussetzung. Wir benötigen eine ärztliche Bescheinigung über die gesundheitliche Eignung für den Freiwilligendienst.

Freiwilligendienst

Die Dauer des Programms beträgt 6 Monate. Für die neue Freiwilligengruppe bietet das ASF-Israelreferat in Berlin einige Wochen vor dem Dienstbeginn ein 1- oder 2-tägiges Vorbereitungstreffen in Deutschland an. Der SCHISCHIA-Freiwilligendienst 2012 in Israel beginnt am 1. März 2012 mit einem Einführungsseminar in Jerusalem und endet am 31.8.2012.

Do. 23. Februar 2012, 19:30 Uhr

„50 Jahre Sommerlager von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“

50 Jahre Sommerlager feiert die Aktion Sühnezeichen im April 2012 in Magdeburg. Wir wollen am Do. 23. Februar 2012, 19:30 Uhr aber nur das aktuelle Programm vorstellen, - 32 Projekte in 16 Ländern sind für 2012 geplant - und mit vielen Bildern über die Arbeit und Begegnungen 2010 und 2011 auf dem jüdischen Friedhof Czernowitz, Ukraine, berichten und über die Restauration jüdischer Friedhöfe in Böhmen, Tschechien, die durch eine Vielzahl von ASF Sommerlagern in den letzten Jahren erreicht wurde.

Sowohl in Czernowitz (Ukraine) als auch in Böhmen (Tschechien) handelte es sich um „Senioren Sommerlager“, die aber neuerdings „Sommerlager Ü 40“ genannt werden. Wir wollen bei jungen und älteren Menschen für das 50 Jahre alte aber immer noch lebendig-attractive ASF Sommerlager Programm werben und eine Spende für ASF sammeln.

(Auskunft :Alke und Georg Goosmann, Tel. 033203 81762)

Azubi – Programm bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Mitte und Ende Mai 2011 sind 20 junge Frauen und Männer des ASF-Programms „Praktika für Auszubildende“ in die Niederlande, Polen und Israel gereist. Angefangen hatte das Programm vor fünf Jahren mit einem Pilotprojekt mit der Firma Würth GmbH Co. & KG.

Inzwischen beteiligt sich auch die Industrie- und Handelskammer Ost Westfalen mit einem eigenen Pilotprojekt für Auszubildende. Im Mittelpunkt steht dabei das Ziel, Geschichte für junge Erwachsene unterschiedlichster Herkunft erlebbar zu machen. Die begeisterten Rückmeldungen der Azubis ermutigen uns, das Programm auszubauen

Soziale und interkulturelle Kompetenzen für den Berufsalltag

Warum Firmen das Azubi-Programm mit ASF

Jährlich absolvieren ca. zehn Auszubildende der Adolf Würth GmbH & Co. KG seit 2007 ein vierzehntägiges Praktikum in den Niederlanden, Polen und Israel. In Kooperation mit der Bildungs- und Gedenkstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“ werden die Auszubildenden vorbereitet und in den Ländern von den dortigen ASF-Freiwilligen begleitet.

“Die Adolf Würth GmbH & Co. KG möchte ihren Auszubildenden einen Einblick in andere Lebensbereiche verschaffen, welche sie in herausfordernde Situationen versetzen, um daran persönlich wachsen zu können. Neben sozialer Kompetenz soll den Auszubildenden die Möglichkeit eingeräumt werden, den normalen Alltag und das Arbeits- und Wirtschaftsleben für einen bestimmten Zeitraum zu verlassen,“ schreibt das Firmenmagazin A-MAG dazu in der Ausgabe vom September 2011.

Pilot-Projekt von IHK Nord Westfalen und ASF

Zehn Auszubildende aus dem Bezirk der IHK Nord Westfalen absolvierten im Mai 2011 ein Praktikum in ASF-Projekten in Israel. Zwei Wochen lang arbeiteten sie gemeinsam mit ASF-Freiwilligen in

sozialen Einrichtungen in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa. Dabei lernten sie an ihren Arbeitsstätten, in Seminaren und bei Exkursionen sowohl das Land als auch unterschiedliche Menschen kennen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Vermittlung von Informationen über die Wirtschaft in Israel. Auf dem Programm standen beispielsweise ein Betriebsbesuch in einer Produktionsstätte von Siemens Israel und ein Hintergrundgespräch mit dem Geschäftsführer der Deutsch-Israelischen Handelskammer. Für die IHK war das Ziel des Programms eindeutig: „Durch das Praktikum sollen die sozialen, interkulturellen und wirtschaftlichen Kompetenzen der Auszubildenden für den beruflichen Alltag gestärkt werden,“ sagte IHK Geschäftsführer Michael Vornweg.

Das Projekt wurde von ASF in Kooperation mit der Evangelischen Kirche von Westfalen, der IHK Nord Westfalen, der IHK Ostwestfalen zu Bielefeld und Unternehmen aus der Region durchgeführt. In einer gemeinsamen Auswertung waren sich die Unternehmensvertreter einig, dass das Praktikum eine „wertvolle Erfahrung“ die Auszubildenden gewesen und eine Wiederholung des Pilotprojekts ist "sehr zu empfehlen“ sei.

Arbeitsbereich „Globales Lernen“

Internationales Camp in Uganda 2011

Bericht über ein Workcamp mit ehemaligen Kindersoldaten in Uganda

Von Jonas Pasch und Ulrich Sonn



Seit 3 Jahren ist das Friedenszentrum Martin Niemöller Haus und der Versöhnungsbund partnerschaftlich verbunden mit der „Peace and Development Foundation Africa“ in Gulu, im Norden Ugandas. Schwerpunkte dieser kleinen, rein ugandischen Organisation sind Projekte zur Wiedereingliederung ehemaliger Kindersoldaten, die jetzt im Alter von Jugendlichen sind zwischen 18-26 Jahren.

3 x hatten wir Besuch von den Mitarbeitern von „Peace and Development Foundation“ (PDF), Beatrice Amony und Richard Okwera, mit intensiver Vortragstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit. Nun lud uns Richard Okwera zu einem Gegenbesuch ein, um ihre Projekte kennen zu lernen und durch interkulturellen Austausch intensiver mit der Situation in diesem Teil von Uganda vertraut zu werden und insbesondere mit den Jugendlichen in Kontakt zu kommen.

Jeder, der sich mit dem Problem von Kindersoldaten beschäftigt, weiß wie grausam ihre Einbindung im Buschkrieg war und wie der Missbrauch ihrer Kindheit zu traumatischen Erfahrungen führte. Die Rückkehr in ein normales Leben und die Reintegration in die Gesellschaft bzw. in ihre Dörfer gestaltete sich natürlich sehr schwierig, viele leiden unter Perspektivlosigkeit. Genau mit diesen Jugendlichen wollten wir ein Begegnungsprogramm durchführen, ein Zeichen setzen, dass sie uns wichtig sind.

Im Rahmen ihrer Projekte zur Wiedereingliederung organisierte PDF einen einjährigen Erwachsenenbildungskurs, der den Jugendlichen die Möglichkeit bieten sollte, einen Grundschulabschluss zu absolvieren. Die Teilnehmer dieses Kurses waren nun die Begegnungspartner für unsere deutsche Gruppe, 7 Studenten aus Berlin und Schwaben .

Das Programm begann mit einem Orientierungstag in Gulu. Die Geschichte der Stadt im Bürgerkrieg (Zufluchtsort vieler Kinder), ihre Funktion als Zentrum für internationale Hilfsorganisationen und Ausgangspunkt für die Projekte von PDF wurde erläutert. Beeindruckend zu hören war, wie die Mitarbeiter von PDF unmittelbar nach dem Waffenstillstand 2006 sich ehrenamtlich um die Nöte der verzweifelt zurückgekehrten Kindersoldaten kümmerten, erste Hilfsmaßnahmen einleiteten und Versöhnungsinitiativen zwischen diesen und den Familien und Dorfbewohnern einleiteten.

Das Team und die Gruppe reiste dann auf holpriger Straße und durch reizvolle Landschaft ins ländliche Gebiet nach Anaka und Koch Goma, dem Ort der Schule. Der Aufenthalt dort ließ reichlich Einblick in die Kultur afrikanischen ländlichen Lebens erfahren. Viele kommunikative Aktivitäten mit den Jugendlichen an der Schule wurden unternommen:

Teilnahme am Unterricht ; von der Gruppe gestaltete Unterrichtseinheiten (Geographie, Kultur, Politik, Speisen, Berufe, Bildung, Familie, Sport, in Europa, etc.) ; in der Freizeit viel Singen, Tanzen, Fußball, Basketball, u. ä. - Großen Spaß machte das gemeinsame Streichen des Schulraumes und das Hantieren mit Fingerfarben, so dass jetzt sämtliche Handabdrücke der Schüler und der Gruppe am oberen Teil der Wände prangen. - Beeindruckend auch für die Schüler und Gastgeber, dass unsere Gruppe einige Male an der kraftzehrenden Feldarbeit im Busch teilnahm. - Manche Schüler luden die Mitglieder der Gruppe in ihre Hütten ein, - ein Erlebnis besonders berührender Gastfreundschaft. !



Insgesamt war unsere Gruppe doch sehr erstaunt über die Einfachheit des Schulbetriebes: Ein Klassenzimmer, vier Stühle, die Schüler saßen zum Lernen auf Matten auf dem Boden.

Die Gruppe hat sich dann auch ein Herz gefasst und spontan für die Schüler Schulbänke finan-

ziert . Dazuhin hat die Gruppe beschlossen, dem / der besten Absolventen des jetzigen Jahrgangs eine 4jährige Secondary-School-Ausbildung zu sponsern.

Als eine sehr schöne Erfahrung erwies sich folgender Umstand: die beiden Lehrer waren zuvor Kämpfer in verfeindeten Lagern: der eine bei der Army, der andere bei den LRA-Rebellen. Dass sie jetzt vereint an der Bildung von diesen Jugendlichen arbeiten, ist ein Ergebnis der Versöhnungsinitiativen von PDF.

Beeindruckend war die Mitarbeit an der Bäumchenpflanzaktion: in harter, schweißtreibender Arbeit auf kargem Boden wurden gemeinsam 800 Setzlinge gepflanzt. Die Mitarbeiter von PDF haben dieses Gelände nun zum „Peace Forest“ erklärt. Denn dort haben während des Buschkrieges schreckliche Kampfhandlungen stattgefunden. – Diese Pflanzaktion sollte gleichzeitig auch ein Zeichen setzen für die Bedeutung weltweiten nachhaltigen Wirtschaftens: gemeinsam für die Zukunft !

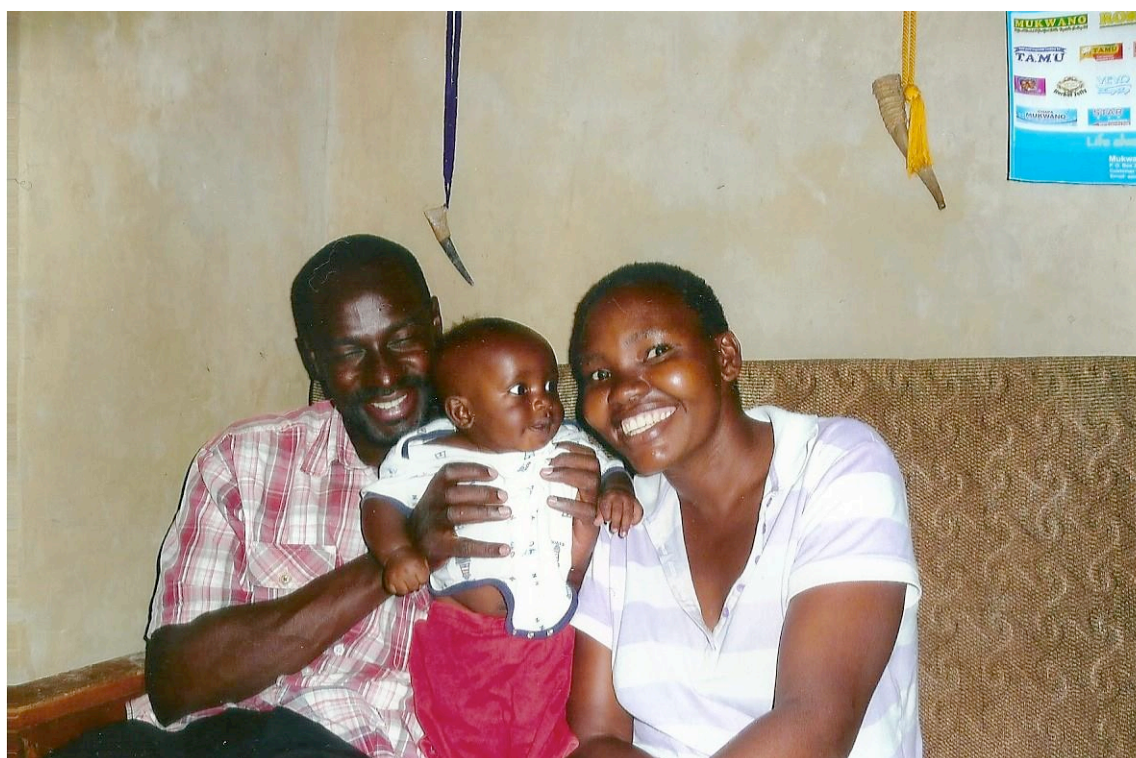
Ein interessanter und lehrreicher Teil des Programms war des Weiteren das Kennenlernen von diversen Organisationen und Institutionen (NGO's) : ein Waisenheim in Gulu, das World Food Program (WFO) der UNO, das Hospital in

Anaka, das Behandlungszentrum für Folteropfer in Lavibi, sowie die Universität in Gulu.

Ausgesprochen berührend gestaltete sich der Besuch bei unserer Freundin Beatrice Amony, die vor ihrer Krankheit(Meningitis, Sprachlähmung) ungeheuer engagiert und kompetent Versöhnungsarbeit betrieb und Reintegrationsprojekte initiierte.

Wie uns die Mitarbeiter von PDF zum Schluss versicherten, hatte das Programm für sie insofern auch einen positiven Effekt, als durch die Besuche bei offizielle Stellen und Funktionsträgern wichtige Öffentlichkeitsarbeit stattfand und ihre Akzeptanz und ihr Bekanntheitsgrad gefördert wurde. Dies konnte besonders auffällig demonstriert werden durch die Teilnahme unserer Gruppe an der „National Peace Day Celebration“, wo wir auf dem Friedensmarsch ein riesiges Banner durch die Stadt trugen, das auf PDF und unser gemeinsames deutsch-ugandisches Projekt verwies.

Insgesamt kann als Resumé des Programms festgestellt werden, dass beide Zielsetzungen erreicht wurden: ein intensiver interkultureller Austausch, der viele bedeutsame Einsichten und Erfahrungen ermöglichte. Und es wurde ein Zeichen der Solidarität gesetzt, das verdeutlichen sollte: Ihr seid uns wichtig!



Die Seiten 19+20 des gedruckten Infos können hier im Internet nicht wieder gegeben werden, weil die Urheberrechtsfragen nicht geklärt werden konnten. Hier nur der Schlussteil des Heftes:

Ausstellung „Unterwegs zur mündigen Gemeinde“ jetzt barrierefrei

Benjamin Paaßen hat uns ein Weihnachtsgeschenk gemacht. In mühevoller Fleißarbeit hat er den Text aller Ausstellungstafeln als Audiodateien produziert. Alle Tafeln sind daher im Netz nicht nur zu sehen, sondern auch zu hören. Herzlichen Dank Benjamin.

www.niemoeller.haus.ausstellung.de